

Internationaler Tag gegen Rassismus

21. März 2013 - [Aydan Özoguz](#)

„Es ist an uns allen“



Özoguz: Kampf gegen Rassismus erfordert starke Zivilgesellschaft (Foto: dpa)

Rassistische Gewalt, Stereotypen in den Medien und Alltagsdiskriminierung zeigen, dass der Kampf gegen Rassismus auf allen Ebenen unserer Gesellschaft jeden Tag aufs Neue notwendig ist. Die SPD-Vizevorsitzende Aydan Özoguz plädiert deshalb für ein neues Grundvertrauen zwischen Mehrheit und Minderheiten um „Akzeptanz und Teilhabe zu leben“.

Wer hätte noch vor wenigen Jahren für möglich gehalten, dass sich der Deutsche Bundestag in den Jahren 2012 und 2013 mit einer deutschlandweiten Mord- und Anschlagserie beschäftigen muss, die von drei untergetauchten Neonazis begangen wurde. In Folge der Aufarbeitung der Geschehnisse und der Fehler und Versäumnisse ist leider auch eine lange Kette von Ignoranz, Vorurteilen und Diskriminierung zutage getreten. Und hier gilt es niemanden auszunehmen: darunter waren Politiker ebenso wie Vertreter von Behörden, Polizei und Verfassungsschutz und - auch das gehört zur Ehrlichkeit dazu – eine bis zur Aufdeckung wenig an der Mord- und Anschlagserie interessierte Öffentlichkeit.



Aydan Özoguz, stellvertretende SPD-Vorsitzende (Foto: Marco Urban)

NSU-Morde: Die Tatsachen lange verkannt

Es war (und ist?) vielleicht eben etwas anderes, wenn in einer Geschäftsstraße mit vielen Zugewanderten eine Bombe explodiert - dass es damals keine Todesopfer zu beklagen gab, ist nur einem Zufall geschuldet. Binnen kürzester Zeit wurde medial ein fremdenfeindlicher Anschlag ausgeschlossen und ein krimineller, sozusagen „viertelinterner“ Hintergrund vermutet. Und das alles ohne irgendeine stichhaltige Grundlage. Wie mögen die Behörden vor neun Jahren zu dieser Einschätzung gekommen sein?

Versagen der Sicherheitsbehörden

Aber nicht nur 2004 in der Kölner Keupstraße verkannte man die Tatsachen. Auch bei den Befragungen der thüringischen und sächsischen Ermittlungsbeamten, Verfassungsschützer, Staatsanwälten und Ministerialbeamten zeichnete sich ein erschreckendes Bild ab. Wer annimmt, dass 1998 und in den Folgejahren nach den drei gewaltbereiten und mit Haftbefehl gesuchten flüchtigen Neonazis fieberhaft und vor allem systematisch gesucht worden wäre, muss leider enttäuscht werden. Sicherheit für alle Bürgerinnen und Bürger in Deutschland sollte anders aussehen. Es macht vielleicht einen Unterschied, wenn man jeweils als gefährdet ansieht.

Enttäuschung sitzt tief

Der Vertrauensverlust in unsere Sicherheitsbehörden ist nach Bekanntwerden aller Details leider sehr groß. Dabei haben in den letzten Jahren mehrere Untersuchungen belegen können, wie hoch das Ansehen der Polizei gerade unter Zuwanderern war. Wer einst selbst ein korruptes System erlebt hat, weiß den Rechtsstaat zu schätzen. Wie tief muss die Enttäuschung sein, wenn die Rechtsstaatlichkeit nicht gleichermaßen für jede Bürgerin und jeden Bürger zu gelten scheint.

Rechtsstaat ist keine Selbstverständlichkeit

Nutzen wir den Moment - so bedrückend seine Geschichte auch ist - um auch gesellschaftlich aufzuarbeiten, wie wir zusammenleben wollen und welche Diskriminierungen es tatsächlich in unser aller Alltag gibt - sicher auch manchmal unbewusst. Ausgrenzungen aufgrund von kulturellen oder religiösen Hintergründen sind nicht hinnehmbar. Und das Argument „Das wird man wohl noch sagen dürfen“ sollte nicht länger dafür missbraucht werden, generelle, nicht-belegbare und ausgrenzende Äußerungen salonfähig zu machen. Rassistische Äußerungen müssen auch als solche enttarnt werden. Der Rechtsstaat ist keine Selbstverständlichkeit, sondern lebt von mündigen Bürgerinnen und Bürgern.



Lampionzug gegen Rechts und Rassismus in Wolgast, Archivfoto vom 9.11.2012 (Foto: dpa)

Grundvertrauen leben

Der Migrationsforscher Klaus J. Bade schreibt in diesem Zusammenhang in seinem aktuellen Buch „Kritik und Gewalt“ vom „solidarischen ‚Wir‘“ in einer demokratischen Einwanderergesellschaft, welches aus dem „Grundvertrauen zwischen Mehrheit und Minderheiten“ kommt. Dieses Grundvertrauen sei es auch, das „den Extremisten auf allen Seiten ein Dorn im Auge“ ist, „denn nichts ist für sie lähmender als Anerkennung durch Teilhabe und gelebte Akzeptanz kultureller Vielfalt in sozialem Frieden“.

Es ist an uns allen - mit oder ohne Migrationshintergrund - diese Akzeptanz und Teilhabe zu leben.

21. März: Welttag gegen Rassismus

Der „Internationale Tag zur Überwindung der Rassendiskriminierung“ will an den Kampf gegen rassistische Gewalt, Stereotypen in den Medien und Alltagsdiskriminierung erinnern. Der Tag wurde 1966 von den Vereinten Nationen ins Leben gerufen. Das Datum erinnert an das Massaker von Sharpeville in Südafrika: Am 21. März 1960 töteten dort Polizisten bei einer friedlichen Demonstration gegen die Apartheid 69 Menschen.

In Deutschland wird der Tag als Höhepunkt der „[Internationalen Wochen gegen Rassismus](#)“ (11. bis 24. März) gefeiert. Rund 70 Organisationen mahnen auf mehr als 1000 Veranstaltungen, gegen Rassismus und für kulturelle Vielfalt zu kämpfen.



Zum Artikel

Links

113/13

[Andrea Nahles: Gemeinsam gegen Rassismus
– für eine Kultur des Widersprechens](#)